



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

das im voraus jede Empfindlichkeit unterdrücken wollte, vorbereitend fort: Heute in meinen Jahren haben das Recht, neugierig zu sein; ich habe mich Ihnen vorgestellt, wollen Sie sich nun nicht auch mir vorstellen?

Mein Name ist Maria Dolores von Zeil-Hohenstein, antwortete das junge Mädchen ebenfalls lächelnd.

Die Witwe des verstorbenen Lord Blanchemain rang innerlich nach Luft, vermochte es aber, jedes äußerliche Anzeichen dieses Zustandes zu unterdrücken. Die Evasstochter in ihr war aufs höchste erregt, die alte englische Dame von Welt aber neigte anmutig ihr Haupt und sagte mit unerschütterlicher Ruhe und Sicherheit: Wirklich? Dann sind Sie natürlich mit dem Fürsten verwandt?

Ich bin seine Schwester, erwiderte Maria Dolores, und als ob es in der Ordnung wäre, ihre Anwesenheit hier zu erklären, fügte sie hinzu: Ich bin hier zu Besuch bei meiner alten Erzieherin, der mein Bruder einen Flügel des Schlosses als Wohnung eingeräumt hat.

Lady Blanchemain fächelte sich eifrig. Eine Müllerstochter! dachte sie und lachte über sich und John. Ich freue mich sehr, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben, sagte sie laut, und ich hoffe, daß wir uns heute nicht zum letztenmal gesehen haben. Ich glaube, ich muß jetzt schleunigst machen, daß ich nach Rocadoro zurückkomme! Würden Sie wohl die Güte haben, Herrn Blanchemain meinen Abschiedsseggen zu übermitteln, wenn Sie ihn wiedertreffen? O nein, nicht um die Welt möchte ich ihn wecken lassen! Besten Dank! Leben Sie wohl!

Und majestätisch und gewichtig, als ob er sich seiner Bedeutung bewußt wäre, rollte der stattliche Landauer davon.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die marokkanische Bergewaltigung und das Londoner Protokoll vom 18. Januar 1871. Die goldne Brücke von Algieras und die Piepmeieret in der deutschen Presse. Bismarck über den Appell an die Furcht. Cumberland und kein Ende. Die Monarchie in Deutschland und die russisch redende Sozialdemokratie.)

Es soll Mächte geben, die die Anschauung vertreten und der deutschen Diplomatie gegenüber zum Ausdruck bringen, daß Deutschland mit dem Sturz des Herrn Delcassé und dem Zusammentritt der Konferenz in Algieras Erfolge erreicht habe, mit denen es reichlich zufrieden sein könne. Die deutsche Diplomatie habe deshalb nicht weiter nötig, Frankreich „auch noch auf der Konferenz“ Schwierigkeiten zu machen, sondern sie solle, „wie allgemein erwartet werde,“ den friedlichen Dispositionen Europas Rechnung tragen. Deutschlands Diplomaten haben hoffentlich, wo immer ihnen eine solche Anschauung entgegnetreten sein mag, sie mit kaltem Lächeln aufgenommen und den fremden Staatsmännern geraten, ihre Wünsche doch in Paris vorzutragen sowie den ihnen zu Gebote stehenden Einfluß dort zu verwerten. Herr Delcassé ist doch nicht Deutschland zuliebe gefallen, sondern weil er sich anschickte, das englisch-französische Abkommen, das gegenüber der Madrider Konvention von 1880 völkerrechtlich ungiltig ist — wenigstens was die Konsequenzen anlangt, die Herr Delcassé daraus gezogen hat —, mit Hilfe einer drohenden Politik und eines gegen Deutschland gerichteten Bündnisses durchzusetzen. Indem England und Frankreich ihre Unterschrift unter die Konvention vom April 1904 gesetzt haben, sind sie damit, soweit Marokko in Frage kommt, ihrer Unterschrift von 1880 untreu geworden und haben das gerade von England im

Jahre 1871 mit großer Entschiedenheit verfochtne und im Protokoll der Londoner Schwarzen-See-Konferenz vom 17. Januar 1871 besonders zum Ausdruck gebrachte Prinzip verletzt: „daß es keiner Macht erlaubt sei, sich von einem internationalen Vertrage einseitig loszusagen und sich über dessen Bestimmungen hinwegzusetzen, es sei denn mit Zustimmung der kontrahierenden Parteien und durch ein freundschaftliches Abkommen.“ Es ist wenig verheißungsvoll für den Wert internationaler europäischer Abmachungen, daß gerade diese beiden Mächte jetzt in Marokko die Grundsätze über den Haufen werfen, die sie damals Rußland gegenüber mit so großem Nachdruck — es sollen vierzehn verschiedene Redaktionsentwürfe vorgelegen haben — aufrecht erhalten haben.

Auch Rußland wird seiner damals geleisteten Unterschrift untreu, wenn es anstatt Frankreich und England jetzt an die Befolgung ihrer eignen protokollarisch festgelegten Grundsätze zu mahnen, aus Rücksicht auf den französischen Geldmarkt Frankreichs völkerrechtswidrige Ansprüche unterstützt. Deutschland handelt, wie gar nicht oft genug hervorgehoben werden kann, nicht als einzelne Macht Frankreich gegenüber, etwa auf Grund unsers marokkanischen Sondervertrags von 1890, sondern es hat allen bestehenden völkerrechtlichen Grundsätzen gemäß im Interesse der Signatäre von 1880 Stellung genommen und diese Mächte zur Verteidigung ihrer Rechte aufgerufen. Als die Franzosen Herrn Delcassé beseitigten, haben sie das doch ihretwegen und nicht unfertwegen getan, weil sie nicht gewillt waren, ihm auf seinem Wege am Rande des Abgrunds zu folgen. Deutschland hat dafür Frankreich, um ihm aus der Delcasséschen Sackgasse zu helfen, die goldne Brücke der Konferenz gebaut in der Meinung, daß es für die französische Regierung leichter sein werde, vor den Beschlüssen einer Konferenz als vor dem Einspruch Deutschlands den Rückzug anzutreten. Die Zumutung aber, daß wir nun noch weiter gehen und den Franzosen in den Hauptpunkten ihrer völkerrechtswidrigen Forderung jetzt in Algier nachgeben sollen, ist doch kaum ernst zu nehmen. Dann wäre es ja einfacher gewesen, wir hätten uns von Anfang an mit Delcasséscher Rücksichtslosigkeit behandeln lassen, hätten auf seinen Sturz keinen Wert gelegt, sondern den Botschafter in Paris einfach angewiesen, dem Minister die erfreute Zustimmung Deutschlands zu der Vernichtung der Konvention von 1880 und zur Ignorierung unsers Sondervertrags mit Marokko von 1890 auf dem Präsentierbrett zu überreichen. Den Franzosen ist es doch sehr wohl bekannt gewesen, daß Artikel I des deutsch-marokkanischen Vertrags von 1890 in Marokko den Deutschen „alle Rechte, Vorteile und Privilegien“ zusichert, „welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zugestanden sind oder künftig zugestanden werden.“

Die erwähnte Zumutung ist unfreundlich, wenn nicht unwürdig, sobald sie uns vom Auslande gestellt wird, noch unwürdiger aber ist es, daß sie in der deutschen Presse Anklang und Unterstützung findet. Leider ergehen sich einzelne deutsche Zeitungen, die sich vorzugsweise als Vertreterinnen der Bismarckschen Politik geben, in einer auffälligen Piepmeierei, indem sie unaufhörlich die Frage diskutieren, was denn werden solle, wenn die Konferenz scheitert! Die Konferenz kann nur scheitern, wenn Frankreich auf seinen völkerrechtswidrigen Forderungen besteht, und es wird dies wesentlich dann tun, wenn es aus der deutschen Presse und etwa aus den Verhandlungen des deutschen Reichstags oder einzelner Landtage die Überzeugung gewinnt, daß die deutsche Nation nicht einheitlich und entschlossen hinter ihrer Regierung steht. Diese Piepmeierei und überflüssige Sorge über das Scheitern der Konferenz bedeuten nicht mehr und nicht weniger, als der im Feuer der Verhandlungen stehenden Regierung in den Rücken fallen und den Gegner ermutigen. Es scheint uns doch viel mehr Sache der französischen Presse zu sein als der deutschen, zu überlegen, was werden soll, wenn die Konferenz ergebnislos verläuft. In Algier stehen wir nach wie vor Herrn Delcassé gegenüber. Er ist es, der die französischen Bevollmächtigten inspiriert, soweit Herr Revoll, der vollständig Delcassés ist, dieser Inspiration noch bedarf. Daß die Verhandlungen bis jetzt nicht weiter gediehen

sind, ist an sich noch kein beunruhigendes Symptom, Frankreich wird schon nachgeben, wenn Deutschland fest bleibt, und wenn die deutsche Presse durch eine ruhige, entschlossene und besonnene Haltung die deutsche Politik unterstützt, anstatt sich unnötig den Kopf zu zerbrechen, was werden soll, wenn die Franzosen den Glauben an Deutschlands ruhige Entschlossenheit verlieren, namentlich den Glauben, daß das deutsche Volk die Lage mit vollem Verständnis beurteilt. Denn nur auf die Einschüchterung der öffentlichen Meinung in Deutschland sind alle die staubaufwirbelnden Artikel des Temps usw. berechnet, die Herr Rouvier sowohl dem deutschen Botschafter gegenüber als in öffentlicher Kammer Sitzung, was ihren Ursprung und ihre Bedeutung anlangt, verleugnet, die aber sämtlich den in Algiciras weilenden Presschef des ehemaligen Ministers Delcassé, Herrn Billy, zum Verfasser oder Inspirator haben.

Von dort gehn auch alle die Alarmdepeschen der verschiedensten Korrespondenten aus, die unausgesezt die Konferenz als in den letzten Zügen liegend schildern, nur zu dem Zwecke, dadurch auf die Börsen und die öffentliche Meinung einen beängstigenden Eindruck zu erzeugen, wobei dann Deutschland, weil es verbriefte Rechte gegenüber einem offenbaren Rechtsbruch vertritt, als der eigentliche Störenfried hingestellt wird. Eine Spekulation auf die Dummheit und die Schwachmütigkeit im Deutschen Reiche! Anstatt dieser Delcasséschen Wühlarbeit, die von seinen ehemaligen Mitarbeitern mit oder ohne ihn verübt wird, energisch entgegenzutreten und ihr ein einmütiges „Bangemachen gilt nicht!“ zuzurufen, ringen deutsche Blätter die Hände darüber, daß wir uns auf die Konferenz eingelassen haben, und es ist leider nicht zu leugnen, daß auch in gut nationalgesinnten parlamentarischen Kreisen eine ebenso unausprechlich oberflächliche und kurzfristige Beurteilung der Lage Platz gegriffen hat. Ein solcher Pessimismus steht unserm Volk um so schlechter an, als tatsächlich nicht der allergeringste Grund dazu vorliegt, und wir gar keinen Anlaß haben, aus dem Häuschen zu geraten, weil die Franzosen von ihren ursprünglichen Forderungen möglichst viel zu retten suchen und in diesem Sinne Vorschläge und Gegenanschläge machen. Dazu ist doch die Konferenz da, die freilich unnötig gewesen wäre, wenn man sich auf einen glatten Verlauf der Verhandlung zwischen Berlin und Paris hätte einrichten können. Nachdem Herr Rouvier vor der Kammer in einem Sinne gesprochen hat, der zu nichts weniger Anlaß gibt als zu der Vermutung, daß Frankreich bei seinem letzten Worte angekommen sei, wird wohl auch der Reichskanzler den Anlaß, den die Beratung seines Stats oder des Stats des Auswärtigen Amtes bietet, benutzen müssen, der öffentlichen Meinung und einem Teil der Presse ein sachgemäßeres Verhalten zu empfehlen. Vielleicht erinnert er die Blätter, die da vorgeben, Bismarcksche Politik zu machen, dabei aber fortgesetzt eine Gänsehaut zur Schau tragen, an Bismarcks stolzestes Wort: daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen keinen Widerhall findet. Der frühere Botschafter Baron Courcel, der auf der Rückreise von Kopenhagen in Berlin weilte, hat in der Reichshauptstadt jedenfalls den Eindruck empfangen, daß die deutsche Politik auf dem Grundsatz fortiter in re, suaviter in modo steht, und wenn er dennoch Berlin befriedigt verlassen hat, so ist das doch auch ein deutlicher Fingerzeig, wie in den französischen politischen Kreisen, die ihre Inspiration nicht vom Pressbureau in Algiciras empfangen, die Sachlage beurteilt wird. Wenn also einige Blätter behaupten, daß die deutsche Politik nicht mehr auf der frühern Höhe stehe, so läßt sich das mit weit mehr Berechtigung von einem Teil der Presse sagen, der immer wieder auf „das bißchen Marokko“ zurückkommt, anstatt den Lesern klar zu machen, daß es sich viel weniger um Marokko als um einen neuen Versuch französischer Vergewaltigung handelt.

Ähnliches läßt sich auch mit Bezug auf die sogenannte braunschweigische Frage sagen. So oft auch nur die entfernte Möglichkeit eines Zusammentreffens des Kaisers mit dem Herzog von Cumberland auftaucht, gebärdet sich ein Teil der deutschen Presse, als ob es für den Kaiser kein erstrebenswerteres Ziel und keine dringendere Aufgabe gäbe, als sich durch ein gänzlich unmotiviertes Entgegenkommen das huld-

reiche Wohlwollen des Herzogs zu erwerben, der dabei ungefähr in der Rolle Heinrichs des Löwen vor der Schlacht bei Legnano erscheint. Das heißt einfach die historische Entwicklung des jungen Deutschen Reiches auf den Kopf stellen. Es sei für heute die Frage nur gestreift, ob mit der Depositionierung der Welfen in Hannover, infolge eines siegreichen Krieges, ihre Depositionierung in Braunschweig nicht eigentlich staats- und völkerrechtlich verbunden sein mußte. Unfehlbar wäre dieser Fall eingetreten, wenn etwa der letzte Herzog von Braunschweig früher gestorben, und Braunschweig mit Hannover im Jahre 1866 durch Einverleibung oder durch Personalunion verbunden gewesen wäre. Könnte Preußen Hannover nicht fortbestehen lassen, weil es mitten zwischen seinen Provinzen einen ihm feindlich gesinnten Staat nicht dulden durfte, so würde derselbe Grundsatz auch auf Braunschweig ausgedehnt worden sein, wenn es schon vor 1866 durch Erbgang dem Hause Hannover zugefallen wäre. Bei der historischen Bundestagsabstimmung vom 14. Juni 1866 hatte Braunschweig mit dem großherzoglichen und den herzoglich sächsischen Häusern gegen den österreichischen Antrag gestimmt. Das war Braunschweigs Rettung gewesen. Seine Rüstungen, sich dem preußischen Heere anzuschließen, waren freilich erst beendet, als der Krieg zu Ende war.

Als König Wilhelm am 5. Juli 1866 auf dem Schlachtfelde von Königgrätz unter dem Eindruck des Telegramms, das Napoleons Einmischung ankündigte, zuerst seine Friedensbedingungen auf ein Blatt Papier warf, waren darunter keine größeren Annexionen, sondern die Suprematie in Deutschland die Hauptforderung. Die feindlich gesinnten Souveräne sollten zugunsten ihrer Thronfolger abdanken, Hannover außerdem Ostfriesland und die Erbsprüche auf Braunschweig abtreten. Noch am 9. Juli vertrat Bismarck diesen Standpunkt in einem Erlaß an den Grafen Goltz in Paris. Als man sich später genötigt sah, die Friedensbedingungen auf Norddeutschland zu beschränken, wurden daraus die Annexionen der mit Preußen im Kriege stehenden norddeutschen Staaten. Da man zu einem Friedensschluß mit dem welfischen Hause nicht kam, konnte man sich dessen Erbsprüche auf Braunschweig nicht abtreten lassen, ebensowenig konnte man sie von einem Herzog erzwingen, der den Gegnern Preußens nicht beigetreten war und sich loyal, wenn auch ungerne, in die neue Ordnung der Dinge fügte. Wenn aber in manchen Schriften das Erbfolgerecht des Herzogs von Cumberland in Braunschweig als „ein unanfechtbares“ behandelt wird, so steht einer solchen Anschauung die Logik der Tatsachen entgegen. Konnte das ehemalige Haus Hannover in seinem alten Königreich nicht mehr regieren, dann ebensowenig in Braunschweig. Es hätte keinen Sinn gehabt, den Herzog von Cumberland in Hannover auszuschließen und in Braunschweig zuzulassen.

Wollte Preußen andererseits dem bundestreuen Verhalten des Herzogs Wilhelm im Jahre 1870 und der Tapferkeit der braunschweigischen Truppen Rechnung tragen und dem Lande die Selbstbestimmung über die Erbfolge wahren, so blieb kein anderer Ausweg als der mit Zustimmung Preußens vom sechzehnten ordentlichen braunschweigischen Landtage 1878/79 betretene, der das Landesgrundgesetz änderte und das Gesetz vom 16. Februar 1879 über „eine provisorische Regelung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung“ zur Vereinbarung brachte. Damit wurde die cumberlandische Thronfolge, aber auch zugleich deren Behinderung grundsätzlich anerkannt. Preußen und der Bundesrat stellten sich auf denselben Standpunkt, als sie nach dem Tode des Herzogs Wilhelm im Oktober 1884 den Herzog von Cumberland als zeitweilig behinderten Thronerben anerkannten. Von diesem Standpunkte können wir selbstverständlich nicht mehr hinunter, es sei denn, daß der Herzog oder sein nächster Erbe die Unvereinbarkeit ihrer Thronfolge mit den Interessen des Reiches und Preußens von neuem dartun. Dann könnte der Zeitpunkt gekommen sein, dem „Provisorium“ ein Ende zu machen, dessen Anerkennung von der preußischen Seite eine sehr große Konzession gewesen ist. Denn von Rechts wegen war mit der Krone von Hannover auch die Erbfolge in Braunschweig verfallen; es wäre zu einer gewissen Zeit leicht gewesen, den Grundsatz zur Geltung zu bringen: Wer in

Hannover nicht regieren kann, kann es auch in Braunschweig nicht. Das Land würde sich mit den Konsequenzen dieser Anschauung viel leichter abgefunden haben als mit dem ewigen Provisorium. In Anbetracht dieser Sachlage ist es unglaublich, daß deutsche Blätter den Kaiser gleichsam auf der Jagd nach der Ausföhnung mit dem Herzog darstellen. Schwerlich hat sich die Begegnung in Kopenhagen auf mehr als ein kurzes Kondolenzwort erstreckt. Wenn der Herzog dem Kaiser nichts zu sagen hat, dann der Kaiser dem Herzog ganz gewiß nichts. Preußen kann und wird es nie erlauben, daß in Braunschweig etwas anderes regiere und residiere als der Reichsgedanke in unantastbarer Reinheit, die Personenfrage kommt erst in der zweiten Linie in Betracht. Es wäre zu wünschen, daß diese ganze Angelegenheit endlich von der publizistischen Tagesordnung verschwände. Der Herzog wird seinen Weg über Berlin nehmen, oder er wird Braunschweig nie zu sehen bekommen. Daran werden auch seine neuern verwandtschaftlichen Beziehungen zu einzelnen deutschen Höfen nichts ändern.

Es sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß die Militärkonvention zwischen Preußen und Braunschweig die einzige „auf Kündigung“ abgeschlossene ist. Sie trat am 1. April 1886 für eine zehnjährige Dauer in Geltung, von da ab kann sie zwei Jahre nach erfolgter Kündigung aufgehoben werden, was jedoch weder politisch möglich noch militärisch=technisch ausführbar sein dürfte. Die Konvention war notwendig geworden, nachdem ein preußischer Prinz, der damals schon im Range eines kommandierenden Generals stand, an die Spitze des Landes getreten war, und ihm die Pflicht zufiel, einerseits die Avancementsinteressen des Offizierkorps durch dessen Übernahme in die preußische Armee zeitgemäß zu verbessern und die tapfern braunschweigischen Regimenter aus der Halbheit des militärischen Verhältnisses zu befreien, in dem sie damals waren; andererseits aber um seiner Person und um seiner Stellung willen auch in dieser Beziehung einen Rest der Souveränität zu bewahren hatte, auf deren Erhaltung das Land Wert legt.

Diese Wochenbetrachtung können wir nicht schließen, ohne auf den Gegensatz zwischen den Radomontaden der Sozialdemokratie, ihrem Drohen mit dem „russisch werden“ — und der Bekundung der monarchischen Gesinnung hinzuweisen, die wir soeben bei der Feier im preußischen Königshause weit über die Grenzen Preußens hinaus erlebt haben. Der Vorwärts und Herr Bebel mögen noch so viel über die Dummheit der Berliner Arbeiter schelten, die zu den Zuschauermassen an solchen Festtagen oder an den Paradedagen das stärkste Kontingent stellen, die sozialdemokratische Parteileitung wird an dem historischen Wort des ehrlich demokratischen Abgeordneten Ziegler vom Frühling 1866 nichts ändern können: Das Herz des preußischen Volkes ist da, wo die preußischen Fahnen wehen. „Dies Wort sie sollen lassen stahn und keinen Dank dazu haben.“ Daß außerhalb Preußens dabei ruhig für „preußisch“ deutsch gesetzt werden darf, ist der fortzeugende Erfolg der Errungenschaften einer großen Zeit. Mag die Sozialdemokratie immerhin von den mancherlei Fehlern profitieren, die vom Staate wie von der bürgerlichen Gesellschaft ihr gegenüber gemacht werden — sie kann die Grundfesten des Staatbaues benagen, aber erschüttern wird sie ihn nicht, weil sie, um ein bekanntes Wort zu brauchen, auf Granit beißen wird. *g*

Rußlands Presse. Bei dem starken Interesse, das dem öffentlichen Leben des russischen Reichs seit der russisch=japanischen Verwicklung von den Zeitungen beider Welten entgegengebracht wird, verlohnt es sich einmal, auch das russische Zeitungswesen, worin sich ja bekanntlich, hier wie anderswo, der Entwicklungsgang der Nation widerspiegelt, einer sachlichen Würdigung zu unterziehen.

Unklar, verworren, ziel- und programmlos, unreif, mächtig geschult, stellenweise von Korruption nicht frei, wie sich hier das gesamte Sein und Treiben bis zu der mit der jüngsten Periode beginnenden Wiedergeburt Rußlands abgespielt hat, so läßt sich auch seine Presse charakteristisch kennzeichnen.

In jedem andern Lande wird auch der mäßig intelligente, der Zeitungstechnik und der Politik fernstehende Leser so ziemlich auf den ersten Blick erkennen, ob das von ihm zufällig oder absichtlich zur Hand genommene Blatt der konservativen oder der sozialdemokratischen Parteirichtung, den agrarpolitischen oder den industriellen Interessen dient, ob die Haltung regierungsfreundlich oder oppositionell ist.

Unter allen Umständen ist die in einem außerrussischen Blatte, gleichviel welcher Tendenz, vertretene Politik mindestens zeitlich, einheitlich geschlossen; die Mitarbeiter eines Organs bekennen sich zu derselben Farbe; Richtung und Kurs sind ein für allemal festgelegt, die engere Gemeinde der Abonnenten oder der regelmäßigen Leser einer Zeitung weiß ganz genau, welche Politik in ihrem Leiborgan zur Geltung gebracht wird.

Wie durchaus anders gestaltet sich das Bild in der russischen Presse! Die Stellung der Zeitungen, auch der angesehensten, in Rußland unterscheidet sich von der der Organe der öffentlichen Meinung in andern Kulturstaaten ebenso sehr wie die gesamten Einrichtungen, denen die Presse ihre Existenz und ihre Verbreitung verdankt. Die Tatsache der beispiellos mangelhaften Information der ausländischen Zeitungen und ihrer Leserkreise über russische Verhältnisse steht mit der Beschaffenheit der russischen Landespresse in ursächlichem Zusammenhang. Über kein im entferntesten Erdenwinkel liegendes kleines Staatengebilde wird eine auch nur annähernde Unsumme von blühend phantastischen Ungereimtheiten erdacht, zusammengeschrieben und geglaubt wie von und über Rußland.

Aus Mangel an einer Regierungszentrale, einem verantwortlichen Ministerium, einem Parlament, festgefügtten politischen Parteien, offiziellen Regierungs- und Parteiorganen, politischen Klubs und Pressevereinigungen, kurzum aus Mangel an jeder Organisation, die den Ton angibt, nach dem sich das Konzert innerhalb bestimmter gleich gesinnter Gemeinschaften harmonisch abspielen soll, wird man billigerweise die Zerfahrenheit und Unrichtigkeit in der Beurteilung des russischen Lebens als wohlbegründet anerkennen müssen.

Die russische Presse — das sei vorweg klargestellt — ist weder imstande, noch hegt sie das ehrgeizige Streben, die öffentliche Meinung des Zarenreichs zum Ausdruck zu bringen. Was ihre einzelnen Vertreter geben, sind die Ansichten oder Inspirationen bestimmter Personen, oder im besten Falle die Auffassung einer kleinen, weniger aus politischer Ideengemeinschaft als durch zufällige äußere Umstände zusammengeführten Gruppe von Interessenten.

Ist das Fehlen der bezeichneten informatorischen, inspirierenden und tonangebenden Institutionen, wie Reichskanzlei, Norddeutsche Allgemeine Zeitung und Parlamentsfraktionen — um deutsche Verhältnisse als Beispiele anzuführen —, das eine unterscheidende Merkmal, so kommt daneben als zweites der Druck der Zensur, die Gewaltherrschaft der Oberprüfverwaltung, zum allerwenigsten bis zum Tage der Veröffentlichung des Freiheitsmanifestes vom 17. (30.) Oktober, in Betracht.

Ohne einen billigen Wortwitz zu suchen, darf man sagen, daß die Presse in einer Weise „gepreßt“ und unterdrückt worden ist, daß die jähe überganglose Öffnung der enggezognen Schranken, von der die Presse in Rußland bis zum 17. (30.) Oktober 1905 gefesselt war, den Ausbruch der latenten aber immer von neuem zurückgedrängten Evolutionen aus dem gärenden Innern notwendig zutage fördern mußte. Von der Ausartung der Evolution zur Revolution war es da nur ein einziger Schritt. C'est seulement le premier pas, que compte!

Der Normaltyp des russischen Journalisten — die rühmlichen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, mögen mir die bittere Wahrheit verzeihen, die keine Person, sondern die Sache treffen soll — ist ein in Bildung und Entwicklung rückständiger geistiger Tagesarbeiter, der in seiner ganzen publizistischen Erziehung daran gewöhnt wird, seine Gedanken zu beschneiden, die Wahrheit zu umschreiben und sogar die Tatsachen der Tagesgeschichte, wie das russische Sprichwort sagt, „zwischen die Zeilen zu pressen.“ Die Handhabung der Publizistik liegt nicht, wie

in der deutschen, der französischen und der englischen Presse, bei Männern von erprobter politischer Reife und Durchbildung, nicht bei „kommandierenden Generalen“, die qualifiziert sind, den Redaktionsfessel mit dem Ministerfauteuil jeden Augenblick zu vertauschen, sondern vielfach bei jungen, oft „grünen“ Leuten ohne Disziplin und ohne Bildungsabschluß. Das Grundwesen der russischen Presse ist kleinlich in der Richtung, materiell arm, von der äußersten Ökonomie oder auch von unlauteren Einnahmen abhängig. Das Gebäude der russischen Presse ist nicht gesund im Fundament, nicht solid im Aufbau; ihre Mitarbeiter sind meist hitzköpfige Anfänger, ihre Leser führt der täglich wechselnde Zufall zusammen.

Rußland hat eigentlich nur zwei Zeitungen von einiger Bedeutung: die Moskauer „Ruškija Wjedomosti“, als anständiges liberales Blatt bekannt, aber wegen der schwerfälligen, akademisch trocknen Behandlung des politischen Stoffes vom großen Publikum verhältnismäßig wenig gekannt. Seine Mitarbeiter sind durchweg namhafte Gelehrte, der Redaktionsrat ist ein Stab von bedeutenden Universitätsprofessoren. Das andre Blatt, die Petersburger „Nowoje Wremja“ — im gegenwärtigen Augenblick vom Grafen Witte und seinem Anhang stark inspiriert —, ist im ganzen gut informiert und wird von talentvollen Mitarbeitern geleitet, doch wegen seinen ständigen Schwankungen in der Richtung nicht gerade als führende Autorität anerkannt; im Volke führt es den bezeichnenden Spitznamen: „Was ist Ihnen gefällig?“

Die russische Presse kann im übrigen, soweit eine Charakteristik überhaupt möglich ist, in zwei Hauptkategorien geteilt werden: die revolutionäre Presse — *Novaja Šišnj*, *Syn Detschestsba*, *Ratschalo*, *Rascha Šišnj*, *Sowobodnyj Narod*, *Ruffj* und *Nowosti*, davon sind die ersten drei jetzt preßpolizeilich aufgehoben und erscheinen dafür unter den Namen: *Narodnoe Čosjajstwo*, *Narodnoja Swoboda*, *Molwa* — und die reaktionäre Presse wie *Nowoje Wremja*, *Slovo*, *Swet*, *Moskorškija Wjedomosti* (ultrareaktionär). Eine gute Mittelpresse fehlt aus den in der Einleitung dieser Zeilen niedergelegten Gründen fast gänzlich, will man nicht die verhältnismäßig wenig gelesne *Ruškija Wjedomosti* dazu rechnen. Überdies bewerben sich noch zwei weitere Blätter ein und desselben Herausgebers, des Fürsten *Uchtemskij*, die *Petersburgskija Wjedomosti* und der *Kašwet*, um die Gunst der liberalen Kreise, doch sind diese beiden außerordentlich langweilig und darum unbeliebt und wenig gelesen. Auch die *Nowoje Wremja* und die Zeitung *Slovo* bemühen sich, liberal zu scheinen, doch segeln sie meist im strengen konservativen Fahrwasser. Das Blatt *Swobodni Narod* wollte ursprünglich das Programm der konstitutionellen Demokratie zum Ausdruck bringen, doch entfernte es sich von der Grundlinie schon am dritten Tage nach dem Erscheinen so steuerlos, daß es heute ganz und gar im Dienste der Revolution steht. Zu den liberalen Blättern könnte man endlich noch die hier in deutscher Sprache erscheinenden Organe, die *Petersburger Zeitung* und den *Herold* zählen, von denen besonders das erste journalistisch tüchtige Leistungen aufweist, doch sind diese Zeitungen, ohne es zu wollen, weit auseinandergehenden Einflüssen unterworfen. Da sie aus Mangel an Betriebskapital gezwungen sind, die meisten Nachrichten andern Zeitungen zu entnehmen, fehlt den hiesigen deutschen Organen das individuelle Gepräge; ihre Physiognomien zeigen oft einen bunt zusammengedickten, häufig wechselnden Charakter.

Unter den revolutionären Blättern ist die meistverbreitete — die Auflage übertrifft die als Annoncenblatt meistgelesne *Nowoje Wremja* — Zeitung die *Ruffj*, oder wie sie sich jetzt nennt, die *Molwa*. Dieses Blatt ist seit der Freiheitsverkündung buchstäblich aus Hand und Band. Jede Nummer bringt eine Anzahl sensationelle Nachrichten mit der ausgesprochenen Absicht, die Regierung zu diskreditieren. Weniger die revolutionäre Richtung als die politischen Sensationen oder bei Mangel an solchen auch die Skandalgeschichten sind es, die dem Blatte seine unwiderstehliche Anziehungskraft sichern, wobei es für seinen Leserkreis nichts verschlägt, daß etwa Neunzehntel dieses Stoffes frei erfunden oder nach der bekannten Verwandlungstheorie, die aus der Mücke einen Elefanten macht, umgestaltet werden.

Ohne den Anspruch zu erheben, als politische Blätter zu gelten, wetteifern mit der *Molva* in der Schöpfung und der Verbreitung von Skandalen zwei weitere Blätter: der *Petersburski Listok* und die *Petersburgskaja Gazetta*. Spezialität beider ist die Gewandtheit in der Auffindung phantastischer Geschichten, von denen jede zwanzigste einen realen Kern aufweist.

Auf der Stufe derselben Glaubwürdigkeit stehen die meisten extrem-radikalen Organe in Rußland, deren Darlegungen die wirkliche Lage entweder fest entstellen oder willkürlich verschleiern, die zu ihren Meldungen verwandten Farben so grell oder — wenn nötig — so düster auftragen und die skizzierten Personen, soweit es sich um Regierungsautoritäten handelt, so zur Karikatur herabwürdigen, daß der ausländische Leser nicht eindringlich genug davor gewarnt werden kann, diesen Darlegungen zu folgen.

Leider sind auch die ausländischen Korrespondenten der angesehensten Zeitungen mitunter darauf angewiesen, sich dieses Stoffes zu bedienen, da ihnen direkte kompetente Quellen zur Kontrolle der Wahrheit oder des Unwertes der Pressemeldungen bei den geschilberten Zuständen nicht zu Gebote stehen, indirekte ernste Verbindungen aber außerordentlich schwer zu beschaffen sind.

Wie im gesamten öffentlichen Leben, so herrschte auch in der russischen Presse bis vor kurzem wüste Anarchie. Erst in der letzten Zeit haben sich die Leidenschaften ein wenig beruhigt, weniger aus eigener vernunftgemäßer Einsicht als durch das energische Einschreiten der Regierung. Noch wurzelt aber tief in den Anschauungen der Journalisten, in den Direktiven ihrer Führer und vielleicht auch in den Bedürfnissen der nervösen Bevölkerung das Bestreben, die Augen der Leser unausgesetzt mit „rotem Stoff“ zu blenden.

Unter diesen Umständen ist bei der Aufnahme und der Beurteilung von russischen Sensationen die Ermahnung zu der größten Vorsicht dringend geboten.

St. Petersburg

Adrian Polly

Die Kirche und der Soldatenstand. Adolf Harnack hat wieder eine der kleinen Schriften herausgegeben, in denen seine alles umfassende Quellenkenntnis und sein durchdringender historischer Blick tiefe Einsicht in das Werden und das Wesen des christlichen Kirchentums erschließen: *Militia Christi, die christliche Religion und der Soldatenstand in den ersten drei Jahrhunderten* (Tübingen, J. C. B. Mohr, 1905). Er beantwortet darin drei Fragen. Die erste, ob die christliche Religion selbst einen kriegerischen Charakter angenommen habe, wird nebenächlich behandelt und kurz dahin beantwortet, daß sowohl die orientalischen Kirchen als die römische Kirche nicht selten „den heiligen Krieg“ gepredigt haben, während die protestantischen Kirchen nur im Anfang zur Verteidigung und zur Sicherung ihres Bestandes einigemal das Schwert gezogen haben. Die zweite Frage lautet: „Hat die Kirche militärische Organisation (in übertragenem Sinne) zeitweilig oder dauernd bei sich eingeführt und ihre Gläubigen oder einen Teil davon als Soldaten Christi diszipliniert?“ Aus der Beantwortung erfahren wir, daß sich die Christen nicht bloß von Anfang an als Soldaten Christi gefühlt haben, sondern daß auch schon in der Apostelzeit die Scheidung der Christen in Kleriker, die entweder als Elitetruppen oder als Offiziere betrachtet werden, und in Laien eingetreten, und daß für diese Scheidung die Auffassung der Christenheit als einer Armee sehr wirksam gewesen ist. Unter den kriegerischen Bildern, die Paulus verwendet, ist das wichtigste 1. Kor. 9, 7: „Wer zieht jemals auf eigne Kosten in den Krieg?“ Was beweisen soll, daß die Gemeinden den Missionar zu besolden haben. „Damit ist das Bild zum Beweise gemacht und die Annäherung an den Krieger keine bloß ideelle mehr. In der Folgezeit ist dieser paulinisch-militärische Grundsatz stets eingehalten und als ein Bestandteil des Kirchenrechts entwickelt worden.“ Und Clemens Romanus hat noch vor Ablauf des ersten Jahrhunderts den Abfall vom Christentum als Fahnenflucht charakterisiert, die Kirchenvorsteher als Offiziere angesehen und „den Gehorsam und die abgestuften Rangordnungen des römischen

Heeres als Vorbilder für die christliche Gemeinde“ hingestellt. Die dritte Frage lautet: „Wie hat sich die Kirche zum weltlichen Soldatenstand und zum Kriege gestellt, ließ sie sie gelten, oder duldete oder verurteilte sie sie?“ Aus der Antwort, die nicht ganz einfach ausfallen konnte, heben wir nur ein paar Hauptergebnisse hervor. In der Urkirche galt der weltliche Kriegsdienst aus mehreren Gründen für etwas der christlichen Religion widersprechendes. Aber zu Konflikten führte dieser Widerspruch nicht, denn es bestand ja kein Dienstzwang; das Heer rekrutierte sich aus Freiwilligen; der Christ brauchte also nicht Soldat zu werden. Befehrte sich aber ein Soldat, so galt des Apostels Wort: Jeder bleibe in seinem Berufe. Es gab ja auch andre nach christlichen Begriffen gefährliche Lebensstellungen, zum Beispiel die der Christin, die einen Heiden zum Gatten hatte. Man legte an das Verhalten solcher Personen nicht das strenge Maß christlicher Sittlichkeit an. Zudem verdeckte die Erwartung der Wiederkunft Christi und des Weltendes die Schwierigkeit einigermaßen. Wir finden hier bei Harnack einen Gedanken, den wir selbst einmal ausgesprochen haben, ohne Beziehung auf den Soldatenstand und ohne Kenntnis der Tatsachen, die Harnack anführt. „Hätte man den Missionaren gesagt, die Welt werde noch lange, lange stehn, und Christus werde auch in Jahrhunderten nicht wiederkommen, so hätte ihnen das gute Gewissen gefehlt, mit dem sie jetzt »in dieser letzten betäubten Zeit« die öffentlichen Dinge gehn ließen, wie sie gingen, und sich innerhalb dieser bösen Welt im kleinsten Kreise einrichteten. Ihr Gegensatz zu Staat und Gesellschaft fiel ihnen erst aufs Gewissen, als sie zu erkennen angingen, daß sie es mit diesen Zuständen recht lange zu tun haben und an ihrem Teile für sie verantwortlich werden würden.“ Von da an wurden die Konflikte häufig. Die Kirche wurde ein Staat im Staate, zahlreiche christliche Soldaten und Offiziere gefährdeten die Disziplin, gegen sie zunächst war die diokletianische Verfolgung gerichtet, Konstantin stellte sich an die Spitze des neuen, des christlichen Staates und besiegte mit seiner Hilfe den alten, und zum Dank verhängte schon 314 eine Synode zu Arles über die fahnenflüchtigen Soldaten die Strafe der Exkommunikation. Als eines der vielen interessanten Nebenergebnisse dieser schönen Untersuchung notieren wir, daß das Wort paganus zuerst im Orient, und zwar mißverständlich, als Landmann, Bauer, Dörfler gedeutet und danach die Bauernreligion Paganismus genannt worden ist; paganus bezeichnete ursprünglich den Zivilisten im Gegensatz zum Soldaten.

Herausgegeben von Johannes Brunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Brunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig



Forman gegen Schnupfen

DOSE 30 Pfg.

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfen-
mittel bezeichnet. — Wirkung frappant.